

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Zeugungspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihspalten des Blattes, außerhalb der Hauptausgaben, 2 Pf. im amtlichen Teil (aus dem Gebühren) die Zeile 10 Pf. — Einzelnummern 5 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 242

Sonntag den 15. Oktober 1922

88. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachung.

Von Grundstücksanliegern am sogenannten Reichenweg in den Fluren Schmiedeberg und Raundorf und mit Zustimmung der Gemeinderäte der genannten Orte ist die Einziehung dieses Weges für den öffentlichen Verkehr beantragt worden. Widersprüche dagegen sind binnen 3 Wochen hier anzubringen. 72d A1. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 12. Okt. 1922.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde am 13. Oktober 1922.

Das Kollegium ist vollständig bis auf den entschuldigten Stadtverordneten Heeger. Ferner ist der Bürgermeister erschienen. Kenntnis wird genommen vom Bericht über die Prüfung der Feuerwehren, die in dieser Zeitung seinerzeit eingehend behandelt wurde.

Weiter wird Kenntnis genommen von einem Schreiben der Betriebsleitung des Elektrizitätswerkes, wonach im September der Lichtstrom 40, der Kraftstrom 30 Mk. kostet, nach der später eingegangenen Lichtenergie-Rechnung aber sogar 42 und 31 Mk. hätte kosten sollen. Als magerer Trost wird hinzugefügt, daß eine ganze Anzahl namentlich ausgeführter anderer Orte bereits bedeutend höhere Preise hat (bis 60 Mk. für Licht u. V.). Weiteres Ansehen ist leider sicher. Auch die Jählermiete, die gleichzeitig die Reihhöfen mit enthält, muß demnach erhöht werden.

Das Austauschdarlehen mit der Sparkasse Königstein (500 000 Mark) fand die ministerielle Genehmigung. Bedingung ist aber Tilgung in 18 Jahren. Betreffs des Austauschdarlehens mit der Sparkasse Wittgensdorf (300 000 Mk.) fehlt zur Genehmigung noch Erfüllung einer Form durch diese, die inzwischen erfolgt sein dürfte. Hier ist 25 Jahre Tilgung nachgelassen. Wittgensdorf fordert ab 1. 1. 23 7% Zinsen. Man nimmt allenthalben zustimmend Kenntnis.

Die Kreditanstalt sächsischer Gemeinden verlangt für das kurzfristige Darlehen von 55 000 Mk. ab 1. 10. 8%, ab 1. 11. 10% Zinsen, regelt die Verzinsung in Zukunft ohne weiteres nach dem Reichsbank-Diskont und behält sich Erhöhung der Zinsen auch vor, wenn die eigenen Geschäftskonten das erfordern. In letzterem Falle kann die Stadt das Darlehen zurückzahlen. Man ist allenthalben einverstanden. (Das Darlehen wird demnach in ein langfristiges umgewandelt, jedoch der hohe Zinsfuß nicht lange Zeit gelteht wird. Bankgeld wäre jedenfalls noch teurer.)

Auf ein Gesuch des Bezirkschornsteinfeuermeisters wird der Zuschlag zur Grundsteuer von 500 auf 1900% erhöht unter den bisherigen Bedingungen. Dabei wird Kenntnis genommen von einer Verordnung der Kreisbauverwaltung, nach welcher das Entfernen des Rapses mit zu den Obliegenheiten des Essenkehrers gehört. Gleichzeitig wird beim Rat angefragt, ob die polizeiliche Beaufsichtigung der Feuerungsanlagen usw. noch in vorchriftsmäßiger Weise erfolgt.

Genehmigt wird die Erhöhung der Miete für den Brauereikeller auf 1000 Mk. und für die Kalkstube auf 600 Mk.

Vorschlagsgemäß wird die Entschädigung für das der Kriminalpolizei im Rathaus überlassene Geschäftszimmer (Nr. 20) wie folgt festgelegt: Miete 440 Mk., Heizung 3000 Mk., Beleuchtung 75 Mk.; bei Kohlenpreissteigerung Erhöhung der beiden letzteren Posten vorbehalten.

In der Verwaltungssitzung der Kinderbewahranstalt am 29. 9., an der städtische Vertreter teilnahmen, wurde festgestellt, daß der Frauenverein am Ende seiner Kraft sei und die Anstalt schließen müsse, wenn nicht tatkräftige Hilfe von außen komme. Ausnahmslos war man der Meinung, daß der Betrieb aufrechterhalten werden möchte, wenn irgend möglich. Als ein Mittel beschloß man eine öffentliche Aufführung (die am gestrigen Donnerstag stattfand und 7000 Mk. Reinertrag brachte). Weiter wandte man sich aber auch an die Stadt um Hilfe. Laut Haushaltsplan sind bereits bewilligt: 7000 Mk. für Freistellen, 5500 Mk. Gehalt der Leiterin (reicht selbstverständlich wie das vorgesehene Dienstmehrgeld heute nicht mehr), 1000 Mk. für Verbesserungen im Garten und 4000 Mk. für Bauhilfen. Da mit letzterem Betrage hinsichtlich Bauens jetzt nichts mehr anzufangen ist, sind die gedachten Arbeiten nicht ausgeführt worden. Die Verwaltung bittet nun um Ueberlassung dieser 4000 Mk. zur freien Verfügung, aber gleichzeitig noch um eine weitere Beihilfe. Der Bitte wird stattgegeben, 10 000 Mk. werden neu dazubewilligt. Weit wird auch das nicht reichen, wie man bereits sehr weiß. Die 10 000 Mk. werden den Mehreinnahmen aus der Wertzuwachssteuer entnommen.

Der Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten gewährt man ein Handdarlehen von 20 000 Mk. zur Kartoffelbeschaffung, während man im Interesse der Bedürftigen der Stadt etwa 200 000 Mk. für den gleichen Zweck bereitstellt. Die Mittel sollten man als Darlehen aus dem vom Staate bereitgestellten 200 Millionen zu erhalten. Zur notwendigen Kartoffelverbilligung für die Bedürftigsten sollen die Mehrerträge aus Obst und Feldpacht dienen. Der Berichterstatter wünscht, den Kreis der Bedürftigen recht weit zu ziehen. Ein Stadtverordneter führt aus, daß er gewillt ist und erwartet hätte, der Rat wäre um Kartoffeln nicht nur für die Bedürftigen, sondern im allgemeinen besorgt gewesen. Er bittet, soweit möglich, das noch zu tun. Was nicht wenige würden sonst überhaupt Kartoffeln nicht bekommen. Hierauf führt der Bürgermeister aus, daß dem Rate bekanntlich von der örtlichen und benachbarten Landwirtschaft zunächst 7500 Zentner Kartoffeln zugesagt worden seien. Die Großbetriebe hätten auf direkte Anfrage nur 3000 Zentner beansprucht; sie sorgten selbst für ihre Leute. Der Rat hat daraufhin von einer öffentlichen Aufforderung, sich wegen Kartoffeln auf dem Rathaus zu melden, abgesehen, weil er großen Ansturm und dadurch erst recht Hochpreisen der Preise befürchtet hätte. Er sei der Meinung gewesen, jeder, der von früher her diesbezügliche Verbindungen in der Stadt und

Umgebung habe, solle sich dort Kartoffeln gegen Bescheinigung kaufen. Die Bescheinigungen könnten später verrechnet werden. Von einem anderen Stadtverordneten wird darauf hingewiesen, daß eine Bekanntmachung sich unter allen Umständen notwendig macht im Interesse derer, die durch einen Betrieb nicht versorgt werden. (Sehr richtig! Nach den Ausführungen in der letzten Stadtverordnetenversammlung mußte man annehmen, daß bezüglich der zunächst bereitgestellten 2 oder 3 Zentner pro Kopf eine genaue Regelung vom Rathe aus erfolge. Wer nun darauf gemartet hat, daß von dort aus etwas geschieht, und deshalb — eben, um der Ordnung sich zu fügen — nicht auf den Kartoffelhandel ging, könnte leicht das Nachsehen haben. Andere decken sich schließlich mittlerweile reichlich ein. Nur durch die Anregung der beiden Stadtverordneten hat man Kenntnis vom Sachstande erhalten. D. B.)

Nach einem Reichsgesetz mit Geltung vom 1. 4. 21 erheben Reich und Staat eine Wohnungsbaubgabe, deren Ertrag lediglich der Behebung der Wohnungsnot dient. Den Gemeinden steht das Recht zu, für eigene Zwecke einen Zuschlag zu erheben. Das soll auch in Dippoldiswalde geschehen. Und so stimmen die Stadtverordneten dem für diesen Zweck entworfenen Ortstatut zu. Die Steuerföhe selbst, die auf der Miete von 1914 beruhen und von jeder einzelnen Wohnung erhoben werden, will man alljährlich festsetzen. Vorgeschlagen und genehmigt werden folgende Sätze: bei einem Mietwerte bis 200 Mk. 10%, 200—400 Mk. 15%, 400 bis 600 Mk. 20%, 600—800 Mk. 35% und über 900 Mk. 55%. Der Ertrag ist auf 80—90 000 Mark geschätzt (im Haushaltsplan sind 70 000 Mk. eingestellt). Dippoldiswalde hat für Behebung der Wohnungsnot 200 000 Mk. georbt und ausgegeben. Für Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe kommt der Steuerertrag in erster Linie in Frage. Ortstatut und Steuerföhe bedürfen der oberbehördlichen Genehmigung.

Nach Erledigung der Tagesordnung erhält Stadtverordneter Hofmann das Wort zu einer Anfrage. Er führt aus, er und seine Genossen Schubert und Sehmacher seien bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden wegen Teilnahme an den Erzessen im Rathaus gelegentlich der Rathenau-Demonstration, und fragt an, wer die Anzeige erstattet habe. Bürgermeister Herrmann erwidert, daß er die ihm gemachte polizeiliche Meldung lediglich an die Staatsanwaltschaft weitergegeben habe, wie das seine Pflicht sei. Alles andere sei dann Sache der Staatsanwaltschaft, die mit dem Niederschlagen des Verfahrens immerhin befaßt habe, daß die Anzeige zu Recht erfolgte. Stadtverordneter Hofmann entgegnet, er und die beiden anderen seien aber gar nicht beteiligt gewesen, was doch vor Angezeigerstattung hätte festgestellt werden müssen. Es entspinnt sich ein kurzes Herab- und Hinüber, bis schließlich der Vorsitzende feststellt, daß die Ausübung der Polizeigewalt hier lediglich Sache des Bürgermeisters ist, der dafür der Kreisbauverwaltung verantwortlich sei. Eine solche polizeiliche Meldung müsse der Bürgermeister an die Staatsanwaltschaft weitergeben, deren Sache das weitere sei. Ein Urteil über die Berechtigung der Beschwerde an sich wolle er damit nicht abgeben. Er betrachte die Angelegenheit für die Stadtverordneten als erledigt. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Nehmt sofort Einsicht in die Wählerlisten! Die Einsichtnahme in die auf dem Rathaus oder bei der Gemeindebehörde ausliegenden Wählerlisten kann nur noch bis mit Sonntag den 15. Oktober vorgenommen werden.

Geschlossen sind am Montag und Dienstag die städtischen Geschäftsräume; die Girokasse nur am Dienstag. Zwei Jägertruppen, die sich von Glashütte bzw. Weising kommen, hier trafen, haben auf der Aue ihre Wagen aufgestellt, ihre Pferde in hiesigen Gasthausställen untergebracht. Ihr Lagerplatz ist von Groß und Klein nicht unangenehm.

Ins hiesige Amtsgerichtsgesängnis wurde der 16jährige Wirtschaftsgeselle Schletter, aus Dresden gebürtig, eingeliefert, der in Schönfeld und Ammelshaus hohe Geldbeträge und Schmuckgegenstände gestohlen hatte. Schl. war früher in Hennesdorf bedienstet und vor einigen Tagen erst aus dem Amtsgerichtsgesängnis Lauenstein entlassen worden, wo er eine zweimonatige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls verbüßt hatte.

Stern-Vorstellung. Am Sonnabend und Sonntag wird der Stuart-Webbs-Detektivfilm „George Bully“ aufgeführt. Der weltberühmte Detektiv Stuart Webbs und die hervorragende Künstlerin Stella Harf sind die Hauptdarsteller dieses erfolgreichen Großfilms. — Für den heiteren Teil ist das köstliche Lustspiel „Wer die Wahl hat...“ vorgesehen.

Weiserhalswerk A.-G., Dippoldiswalde. Die am 12. Oktober 1922 unter Vorsitz von Fabrikbesitzer Arno Böß tagende außerordentliche Generalversammlung, in der 5 Aktionäre 2000 Stimmen vertraten, beschloß einstimmig, das Stammkapital um 7,5 Millionen Mark Stammaktien und 500 000 Mk. Vorzugsaktien auf 7,5 Millionen Mark unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre zu erhöhen. Gleichzeitig genehmigte sie den vorgeschlagenen Vertrag mit dem Weiserhalswerk, O. m. b. H., Dippoldiswalde, wonach das von der Gesellschaft betriebene Fabrikunternehmen nach dem Stande vom 1. Juli 1922 an die Aktiengesellschaft übergeht. Die Aktiengesellschaft tritt in die laufenden geschäftlichen Verträge der Gesellschaft mit beschränkter Haftung an deren Stelle aktiv und passiv ein, soweit sie nicht als zweifelhafte Forderungen und Verpflichtungen bei Feststellung der in der Uebernahmebilanz festgelegten Debitoren und Kreditoren ausgeschieden worden oder am 30. Juni 1922 strittig gewesen sind.

In Radebeul wurde von der Polizei gegen die dortige Mangelbesservereingung Anzeige beim Wuchergericht wegen Preistreiberi gemacht.

In Radebeul wurde ein Grundstück an einen Ausländer für 500 000 Mk. verkauft. Der Verkäufer hatte 300 000 Mk. Zuwachssteuer zu zahlen. Das Grundstück erfuhr teuer den zweiten Besitzwechsel.

In Wilsdruff wurde der Preis für 1 Kilowattstunde Kraftstrom auf 41 Mk. für Lichtstrom auf 45 Mk. ab 1. Oktober festgesetzt. — Eine Notwendigkeit zur Ausgabe von städtischem Notgeld konnte man nicht anerkennen.

In Königsbrück kostete das 1900-Gramm-Pfand 41 Mk. Reinholdshain. Lehrer Günther wurden am Donnerstag aus Anlaß seiner 25jährigen Lebtätigkeit als ständiger Lehrer der hiesigen Schule vielerlei Ehrungen aus den Kreisen der Ortsbewohner der Schulgemeinden wie auch besonders durch den Schulvorstand zuteil.

Lauenstein. Morgen Sonntag vormittag nach dem Erntedankfest findet die Weihe des Ehrenmales für die im Weltkrieg Gefallenen der hiesigen Gemeinde statt.

Kreitzsch. Nachdem nun unsere Orgel ausgebaut und wiederhergestellt ist und das Ehrenmal für die Gefallenen der ganzen Pfarodie, die Kirchenfenster, geweiht worden sind, dürfte eine Aufstellung der Kosten für die Kirchengemeindeglieder von Interesse sein. Für die Orgel sind zu zahlen an Orgelbaumeister Gebrüder Jehmlich in Dresden 51 123,50 Mk., für den elektrischen Motor 3900,— Mk., für die Zuleitung 1800,— Mk., für Nebenarbeiten 4310,25 Mk., zusammen 61 133,75 Mk. Bezahlt sind bereits 40 700,— Mk., sodas 20 433,75 Mk. noch zu decken sind. Die Kirchenfenster kosten 31 000,— Mk., davon sind bereits bezahlt 5000,— Mk., sodas noch 26 000 Mk. aufzubringen sind; im ganzen also 46 433,75 Mk. — In den letzten Tagen wurden aus Pfarrrat gesendet 2820 Mk., im Girokonto 241 sind enthalten 8507 Mk., in Summa 11 417 Mk.; es bleibt also eine Summe von 35 016,75 Mk., die noch durch freiwillige Gaben gedeckt werden soll. Wenn wir bedenken, daß wir unsere Glocken behalten durften und so eine große Ausgabe ersparten, wenn wir weiter bedenken, wie verhältnismäßig billig wir unser Gotteshaus in dieser teuren Zeit mit wahrhaft künstlerischer Schmad ausstatten konnten, dann wird wohl die Restsumme von Freunden der Kirche recht bald dargebracht werden.

Dresden. Ein auswärtiger Bankdirektor hat versehentlich vorige Woche 1 800 000 Mk. zu viel ausgezahlt. Seitdem ist er verschwunden und hat schriftlich aus Dresden mitgeteilt, daß er sich das Leben nehmen wolle. Inzwischen hat sich die Angelegenheit durch Wiedererlangung des Geldes erledigt. Am einen Selbstmord noch zu verhüten, wird dies öffentlich bekannt gemacht.

Radeburg. In der Nacht zum gestrigen Freitag wurde hier Bäckermester Klunker ermordet. Die Landes kriminalpolizei war zur Ermittlung des Verbrechens alsbald hier anwesend.

Weinböhla. Durch Gerichtsbescheid sollte das hiesige Postamt auf dem Wege der Zwangsäumung durch einen Gerichtsvollzieher aus seinem alten Heime, das durch die Besitzerin des Gebäudes der Postverwaltung gekündigt worden war, herausgeführt werden. Die sächsische Regierung verließ aber der Gemeinde das Recht, Urteile über die Räumung von gewerblichen und anderen Räumen vor ihrer Vollstreckung vor das Mieteinigungsamt zu bringen. Dadurch wurde der Weiterbetrieb des Postamtes bis zur Genehmigung der Räumungsvollstreckung gestrichelt.

Hainsberg. An die hiesigen Sozialrentner, Kleinrentner usw. wurde je ein Zentner Kartoffeln unentgeltlich von der Gemeinde geliefert.

Pirna. Beim Wohnungsamt waren Ende September 1922 1113 Wohnungsuchende eingetragen. Gemäntcht werden: 30 Zimmer-, 144 2-Zimmer-, 354 3-Zimmer-, 288 4-Zimmer-, 70 5-Zimmer-, 24 6-Zimmer-, 14 7-Zimmer-, 9 8- und mehr Zimmerwohnungen. Vom Mieteinigungsamt sind Kündigungsgenehmigungen erteilt: 8; selbst gekündigt: 3; Kündigung angenommen: 7; beantragte Verhältnisse: 345; bisher mißlierte Wohnungen: 30; Krankheitsgründe: 12; sonstige ungesunde Wohnungen: 44; verfestete Beamte: 54; sonstige Berufsgründe: 135; Hausverkauf: 7; verschiedene Gründe: 182; Baumängel: 17; Heirat: 260. Neuanmeldungen erfolgten im September 64, in Wegfall kamen durch Zuweisung von Wohnraum, Zurücknahme des Antrags usw. 46.

Arnsdorf. In einer hiesigen Bäckerei erschienen drei mit Stöcken bewaffnete Männer und verlangten je ein Brot, mit dem sie sich, ohne Bezahlung geleistet zu haben, ernährten.

Böbeln. Von einem hiesigen Pflanzler wurde im Walde ein 22 Pfund schwerer krauher Fiegenbart gefunden.

Grimma. Der Streik in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Bolzern-Grimma ist beendet. Die Belegschaft hat gestern bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen.

Hier ist eine größere Anzahl von Personen zusammengetreten, um den bedürftigen Einwohnern der Stadt durch den Winter zu helfen. Es soll, jedenfalls in der Herberge zur Heimal, eine Notstandsüche gegründet und eine Wärmelude eingerichtet werden, wo die notleidenden Einwohner sich gegen ein geringes Entgelt nähren und wärmen können.

Leipzig. „Mit Riesenschritten geht es dem Zusammenbruch der städtischen Finanzen zu!“ Diese Worte zogen sich wie ein roter Faden durch den Bericht des Stadtverordneten Fleißner über Erhöhung der Ausgleichszulage zum Grundbesitz der Beamten usw. in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Da die Staatsbeamten erhebliche Zulagen bekommen haben, sollen auch den städtischen Beamten Erhöhungen zugebilligt werden. Dadurch entstehen bis zum 31. März 1923 Mehrausgaben in Höhe von 331 Millionen Mark. Sie bleiben aber nicht die letzten, denn neue Gehaltserhöhungen sind im Zuge, und die Stadt wird wieder folgen müssen. Eine neue Vorlage kündigte der Berichterstatter denn auch an und bemerkte, daß dieser Gang der Dinge mit Riesenschritten zum Zusammenbruch der städtischen Finanzen führe, trete keine andere Finanzgebarung des Reiches den Städten gegenüber ein. Allein für die Verwaltung habe Leipzig in den letzten Monaten mehr als 853 Millionen Mark bewilligt, das sei mehr als die Hälfte des Leipziger Finanzbedarfes. Einstimmig wurden die geforderten 331 Millionen Mark bewilligt. — Von den Finanznöten werden auch die städtischen Krankenhäuser betroffen. Der Verwaltungsrat habe deshalb beschlossen, um für die gewaltigen Kosten einigermaßen Ausgleich zu schaffen, daß die Krankenhausverpflegung mit der fortschreitenden Leertung einigermaßen Schritt halten müßten. Es solle eine gleitende Skala eingeführt werden, die sich nach dem Steigen oder Sinken des Grundlohnes eines ungelernnten städtischen Arbeiters richte.

Wilschdorf. Von einem Unwohlsein befallen wurde nach Beendigung seines Nachdienstes ein hiesiger Bahnbeamter. Derselbe begab sich in die städtischen Anlagen, wo er am Morgen auf einer Bank sitzend tot aufgefunden wurde.